



NEVA LÖW
SOLIDARITÄT
UND IHRE WIDERSPRÜCHE
GEWERKSCHAFTEN
IM SOMMER DER MIGRATION
2015

transcript Verlag,
 Bielefeld 2023

ISBN 978-3-8376-6620-5
 284 Seiten, 45,00 €

Acht Jahre nach dem „Sommer der Migration“ ist die Krise des europäischen Grenzregimes von 2015 weiterhin präsent. Noch immer fordern insbesondere Akteur*innen des konservativen und rechten politischen Spektrums Verschärfungen des Asylrechts mit dem Verweis, 2015 dürfe sich nicht wiederholen. Die Ereignisse von damals traten auf EU-Ebene Verhandlungen zu einer Reform der Asyl- und Migrationspolitik los, die im Dezember 2023 in eine aus flüchtlingsrechtlicher Sicht fatale politische Einigung mündeten. Unter anderem sollen Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen unter Haftbedingungen und schlechtem Zugang zu Rechtsschutz eingeführt werden, von denen auch Familien mit Kindern nicht ausgenommen sind. Der Zugang zu einem echten Asylverfahren in der EU wird ihnen damit verwehrt.¹ Die Kämpfe, die der Sommer der Migration 2015 befeuert hatte, wirken somit fort. Daher bleiben für das Verständnis gegenwärtiger Konflikte kritische Analysen der damals aufgebrochenen Kontroversen zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Akteur*innen unverzichtbar.

Neva Löw greift in ihrer Dissertation einen dieser Akteure aus dem gesellschaftlichen Kräfteverhältnis im und nach dem Sommer der Migration heraus: Gewerkschaften, so zeigt ihre Analyse, wurden durch die Bewegungen der Fluchtmigration 2015 auf spezifische Weise herausgefordert. Sie waren Teil der sogenannten Willkommensbewegung und zugleich Austragungsort von Kämpfen um Migrationspolitiken. Die Autorin analysiert gewerkschaftliche Positionen, Diskurse und Solidaritätspraxen in Österreich, Deutschland und der Europäischen Union und zeichnet ein differenziertes und von Widersprüchen durchzogenes Bild von gewerkschaftlichen Akteur*innen zwischen Solidarität und Zurückweisung von Geflüchteten. Diesem „internen Ringen“ (S. 18) um Fluchtmigration in den Gewerkschaften geht Löw in ihrer Arbeit nach und lässt sie dadurch als „zutiefst heterogene und von Kämpfen durchzogene Organisationen“ (ebd.) hervortreten. Sie zeigt: Diese Kämpfe werden erst durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich als Kräfteverhältnisse in Gewerkschaften zeigen, verständlich.

Um diesem Forschungsinteresse nachzugehen, nimmt Löw eine hegemonietheoretische Perspektive in Anlehnung an Antonio Gramsci ein und wählt die von der Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ entwickelte Methodologie der historisch-materialistischen Politikanalyse (HMPA), die es ermöglicht, politische Prozesse ausgehend von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen zu analysieren. Der Fokus auf *eine* Akteurin – Gewerkschaften –, die Löw ins Zentrum ihrer Analyse rückt, stellt dabei eine innovative Weiterentwicklung der HMPA dar. Methodisch kombiniert die Autorin Interviews, teilnehmende Beobachtungen und die Auswertung verschiedener Primärquellen (S. 58ff.). Der Critical Grounded Theory (CGT) folgend beschreibt Löw ihren Forschungsprozess anschaulich als „ständige[n] Dialog zwischen dem empi-

rischen Material und der theoretischen Aufarbeitung des Themas“ (S. 60).

Entlang der Analyseschritte der HMPA strukturiert Neva Löw die inhaltlichen Kernkapitel ihrer Arbeit. In der *Akteursanalyse* werden Gewerkschaften gesellschaftstheoretisch verortet, wobei sich die Autorin in einem ersten Schritt mit der inneren Heterogenität von Gewerkschaften befasst. Denn: Gewerkschaften seien das „Ergebnis von Kämpfen und Kräfteverhältnissen“ (S. 80) und hätten damit notwendigerweise einen widersprüchlichen Charakter. Löw fasst Gewerkschaften im Anschluss an Josef Esser (1982) als „intermediäre Organisationen“ zwischen Staat und gesellschaftlicher Autonomie (S. 70ff.), die eine zweifache Vermittlungsfunktion erfüllten: Einerseits fungierten Gewerkschaften als Vermittler zwischen „organisierten Lohnabhängigen und bestimmten Staatsapparaten“ (S. 80). Andererseits vermittelten sie auch zwischen unterschiedlichen Teilen der Arbeiter*innenklasse: Anhand des Zusammenhangs von Nationalismus, Rassismus und der Zusammensetzung der Arbeiter*innenklasse arbeitet Löw heraus, wie Migration in Gewerkschaften zu einer steten Verhandlung des Ein- und Ausschlusses von „respektablen bzw. nichtrespektablen Arbeiter*innen“ führe (S. 74ff.). Um zu zeigen, wie je nach gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen die skizzierten Konflikte in Gewerkschaften historisch unterschiedlich bearbeitet wurden und werden, setzt Löw in einem zweiten Schritt die Gewerkschaften in ein Verhältnis mit den Hegemonieprojekten als zentraler Analysekategorie der HMPA. Diese lassen sich als Bündel von Strategien unterschiedlicher Akteur*innen verstehen, die in einem gesellschaftlichen Konflikt ähnliche Ziele verfolgen und versuchen, ihre politischen Anliegen zu verallgemeinern. Löw ordnet die Gewerkschaftsbewegung als wichtige Akteurin der sozialen Hegemonieprojekte ein.

In der *Kontextanalyse* zeichnet die Autorin die europäische Migrationspolitik vor dem Hintergrund struktureller Widersprüche sowie die Rolle von Gewerkschaften im Prozess der europäischen Integration nach. Die Besonderheit des Akteurs Gewerkschaften in diesem „Spannungsfeld zwischen dem Nationalen und Transnationalen“ (S. 93) wird durch die Verwobenheit des Migrations- und Arbeitsregimes herausgestellt. Zentral verweist Löw auf das Konzept der „Multiplikation der Arbeit“ von Mezzadra und Neilson (2013) und benennt die damit einhergehende Fragmentierung der Arbeiter*innenschaft als zentrale Herausforderung für Gewerkschaften.

BESPROCHEN VON

Judith Kopp, Dr., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Kassel. Aktuell arbeitet sie in einem Forschungsprojekt zu „Rechtskämpfen in transnationalen Lieferketten“.

1 Das gilt für Schutzsuchende aus Ländern, bei denen die EU-weite Schutzquote unter 20 Prozent liegt, sowie Personen, die über einen sogenannten „sicheren Drittstaat“ eingereist sind. Geprüft wird, ob eine Abschiebung ins Herkunftsland oder in einen angeblich sicheren Drittstaat möglich ist.

In der *Prozessanalyse* arbeitet sie schließlich auf Grundlage ihres reichhaltigen empirischen Materials die Kämpfe heraus, an denen Gewerkschaften im Sommer der Migration beteiligt waren und die sie zugleich intern durchzogen. Anschließend werden diese Ergebnisse in den Kontext gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse gesetzt und an das Konzept der Hegemonieprojekte rückgebunden.

Neva Löw zeigt in der Analyse ihres empirischen Materials zunächst auf, dass sich Gewerkschafter*innen in Deutschland und Österreich in der Willkommensbewegung in vielfältiger Weise solidarisch engagiert haben – in zivilgesellschaftlichen Initiativen, aber auch auf Betriebs-ebene (S. 149ff.). Mit dem Ende des Sommers der Migration, dem Erstarken rechtspopulistischer Kräfte und einer Zunahme rassistischer Gewalt habe sich allerdings gezeigt: „Die Gewerkschaftsbewegung war gegen diese politischen Tendenzen nicht immun und wurde von diesen Entwicklungen beeinflusst.“ (S. 144)

Der anschließende Blick auf die Positionierungen von Gewerkschaften erfasst neben den nationalen auch die europäischen Debatten. Trotz des offensichtlich transnationalen Charakters von Migration(spolitik) stellt Löw fest, dass der Sommer der Migration gerade im Europäischen Gewerkschaftsbund „zu einer Desartikulation in Bezug auf asylpolitische Themen geführt hat“ (S. 179). Stattdessen seien asylpolitische Debatten von den Gewerkschaftsbewegungen in Deutschland und Österreich „nationalisiert“ worden. Während die offiziellen Positionen von Gewerkschaften „in eine solidarische und inkludierende Richtung“ (ebd.) wiesen, hätten die internen Debatten gezeigt, dass eine solidarische Haltung umkämpft war und ist.

Aus ihrem Interviewmaterial arbeitet Löw schließlich Erklärungsmuster für den Sommer der Migration heraus, in denen sie Widersprüche offenlegt. So hätten die befragten Gewerkschafter*innen beispielsweise wiederholt auf „Herausforderungen“ (S. 185ff.) durch den Sommer der Migration verwiesen: Sie kritisierten zum einen ein sicherheitspolitisches Framing auch innerhalb der eigenen Mitgliedschaft und zeigten zum anderen Verständnis für diverse „Ängste“, die durch die Fluchtbewegungen hervorgerufen worden seien. Bestätigt wurde, dass „auch in den Gewerkschaften rechte gesellschaftliche Narrative über Migration reproduziert werden“ (S. 193). So sei auch der Erfolg rechtspopulistischer Kräfte in den Interviews mit eigenen Gefühlen eines „Kontrollverlusts“ erklärt worden – Emotionen, die dann allerdings von rechten Kräften instrumentalisiert worden seien.

Die im empirischen Material vorgefundenen Positionen und Narrative ordnet Löw anschließend den Hegemonieprojekten zu. Gewerkschaften seien auch im Sommer der Migration als zentrale Protagonist*innen des national-sozialen und proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojektes in Erscheinung getreten. Die beiden sozialen Projekte unterschieden sich dabei nicht nur darin, auf welcher *Scale* sie ihre politischen Ziele verfolgten (natio-

nal oder europäisch). Vielmehr arbeitet Löw heraus, dass auch „der Referenzpunkt des nationalen Wohlfahrtsstaats eine wesentliche Spaltungslinie zwischen den beiden sozialen Hegemonieprojekten darstellt“ (S. 247f.). National-soziale Strategien zeichneten sich durch „Ausschlüsse“ aus, „die den fordistischen Wohlfahrtsstaat prägten, mitsamt ihren sexistischen und rassistischen Spaltungslinien“ (S. 233). Dagegen strebe das proeuropäisch-soziale Hegemonieprojekt „eine europäische Sozialpolitik [an], die durch ihren transnationalen Charakter weniger Ausschlüsse beinhalten soll“ (S. 240). Erst dann würden Menschen mit Fluchterfahrungen als zentrale „Subjekte der Arbeiter*innenklasse und somit der Gewerkschaftsbewegung gesehen“ (ebd.) und adressiert, so Löw. In den offiziellen Verlautbarungen der Gewerkschaften seien Strategien des proeuropäisch-sozialen Hegemonieprojektes stärker zur Geltung gekommen, während sie in den internen Debatten eine starke Präsenz des national-sozialen Hegemonieprojektes nachweisen kann.

Außerdem, so zeigt die Autorin, hätten auch das neoliberalen, das konservative und das linksliberal-alternative Hegemonieprojekt auf Gewerkschaften eingewirkt und diese im Sommer der Migration „beschäftigt“ (S. 211). So identifiziert sie Anliegen des linksliberal-alternativen Hegemonieprojektes in den gewerkschaftlichen Debatten: die Betonung der Rechte undokumentiert Arbeitender, der Einsatz für ein humanes Asylsystem und die Kritik an der Abschottungspolitik. Zugleich wurden nach der Silvesternacht in Köln auch die Sicherheitsdiskurse des konservativen Hegemonieprojektes reproduziert.

Neva Löw arbeitet die intensiven Auseinandersetzungen der Gewerkschaften mit Fluchtmigration differenziert heraus. Sie bietet somit neue und spannende Einsichten in die gesellschaftlichen Kämpfe um Migrationspolitiken im Sommer der Migration. Damit gelingt ihr darüber hinaus ein überzeugender Beitrag zur Debatte um Gewerkschaften und Migration. Denn wie Gewerkschaften durch Migrationsbewegungen immer wieder herausgefordert werden und dabei um Positionen ringen, ließ sich nach den Ereignissen von 2015 besonders eindrücklich aufzeigen. Sowohl für die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um Fluchtmigration als auch für Wissenschaftler*innen der kritischen Migrationsforschung, Arbeitsforschung und Industriellen Beziehungen bietet das Buch vielzählige Anknüpfungspunkte und Anregungen. ■



**THOMAS HAIPETER,
MARKUS HELFEN,
ANJA KIRSCH,
SOPHIE ROSENBOHM (HRSG.)**
**SOZIALE STANDARDS
IN GLOBALEN LIEFERKETTEN**
INTERNATIONALE RICHT-
LINIEN, UNTERNEHMERISCHE
VERANTWORTUNG UND DIE
STIMME DER BESCHÄFTIGTEN

transcript Verlag,
Bielefeld 2023

ISBN 978-3-8376-6770-7
162 Seiten, 20,00 €

BESPROCHEN VON

Stefan Rüb, Dr., Sozialwissen-
schaftler, Wissenschaftlicher
Mitarbeiter im Soziologischen
Forschungsinstitut (SOFI)
Göttingen.

Zum 1. Januar 2023 ist das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) – oder kurz: Lieferkettengesetz – in Kraft getreten. Es schreibt Unternehmen mit mehr als 3000 Beschäftigten (seit 2024 mit mehr als 1000 Beschäftigten) vor, soziale Mindeststandards in eigenen Niederlassungen sowie unmittelbaren und mittelbaren Zulieferfirmen weltweit einzuhalten. Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der von Thomas Haipeter, Markus Helfen, Anja Kirsch und Sophie Rosenbohm herausgegebene Band mit der Frage, wie soziale Standards in globalen Lieferketten gesichert werden können und welche Rolle Beschäftigte und ihre Vertretungen („Workers’ Voice“) dabei spielen. Hierzu werden die Praxis globaler Rahmenabkommen, die Einsatzmöglichkeiten digitaler Hilfsmittel und das Lieferkettengesetz selbst unter die Lupe genommen und Potenziale wie Grenzen dieser Instrumente ausgelotet. Die Beiträge beruhen auf Forschungsergebnissen aus dem Projektcluster „Sicherung sozialer Standards“ des von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsverbands „Die Ökonomie der Zukunft“.

Globale Rahmenabkommen sind ein gewerkschaftliches Instrument, um transnationale Unternehmen in ihren weltweiten Aktivitäten auf freiwilliger, vertraglicher Basis zur Einhaltung grundlegender Arbeitsnormen zu verpflichten. Sie zielen zugleich darauf, die Rolle globaler Gewerkschaftsverbände zu stärken und transnationale gewerkschaftliche Vernetzungen voranzutreiben. Verschiedene Beiträge des Bandes behandeln die Frage, wie die Entwicklung und Wirkung globaler Rahmenabkommen zu bewerten sind und in welchem Verhältnis sie zum Lieferkettengesetz stehen. Die darin aufgeführten aktuellen Befunde und Einschätzungen sind insgesamt recht ernüchternd.

Anja Kirsch, Carolin Puhl und Sophie Rosenbohm präsentieren Ergebnisse einer Analyse der zwischen 1989 und 2020 weltweit abgeschlossenen globalen Rahmenabkommen. Demnach verharrt deren Verbreitung mit 132 Vereinbarungen in 104 Unternehmen auf niedrigem Niveau und hat tendenziell an Dynamik verloren. Die überwiegende Mehrzahl der Abkommen bezieht sich vornehmlich auf Niederlassungen des eigenen Unternehmens. Zwar haben nur 33 der 132 Abkommen keinen Lieferkettenbezug, aber in 88 Abkommen wird lediglich in einzelnen Textstellen auf Zulieferer Bezug genommen. Nur vier globale Rahmenabkommen erstrecken sich in ihrem Geltungsbereich auch auf Zulieferer und sieben wurden speziell für Zulieferer entwickelt. Inwieweit nur unmittelbare Zulieferfirmen adressiert sind oder die gesamten Lieferketten, bleibt hier unklar. Hinsichtlich der Regelungsqualität der Abkommen schlussfolgern die drei Autorinnen, dass insbesondere die Verankerung von prozeduralen Regeln zur Umsetzung und Überwachung im Zeitverlauf gestärkt wurde.

Eine Untersuchung der praktischen Wirkungen globaler Rahmenabkommen in Niederlassungen deutscher Unternehmen in Indien, China, Indonesien, Malaysia

und Südkorea in dem Beitrag von Catherine Casey, Antje Fiedler und Helen Delaney bestätigt den bisherigen Forschungsstand: Die Umsetzung der Abkommen ist ein voraussetzungsvoller Prozess, bei dem keine schnellen Erfolge zu erwarten und Belegschaften wie Gewerkschaften vor Ort auf das solidarische Engagement von Gewerkschaften und NGOs aus dem Stammland des Unternehmens fundamental angewiesen sind. Lokale Gewerkschaften sind in einem gewerkschaftsfeindlichen Umfeld allein zu schwach, um tatsächliche Verbesserungen der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Dieser Befund wiegt umso schwerer, da lediglich die Umsetzungsaktivitäten in einzelnen Niederlassungen deutscher Unternehmen oder in unmittelbaren Zulieferfirmen untersucht wurden, nicht aber die gesamte Zuliefererpyramide. Ein wirksames Lieferkettengesetz wäre deshalb sicherlich notwendig, um zu substantiellen Fortschritten bei der Sicherung sozialer Mindeststandards entlang der Lieferketten zu kommen.

Im Hinblick auf die Wirksamkeit des Gesetzes sind Oliver Emons, Barbara Fulda und Ernesto Klengel jedoch wenig optimistisch. Die gesetzlich verankerten Durchsetzungsmechanismen sind schwach. Im Wesentlichen werden die Unternehmen dazu verpflichtet, ein Risikomanagement einzurichten, Risikoanalysen durchzuführen und ein Beschwerdemanagement zu installieren. Die Zuständigkeit, dies zu überwachen, liegt bei einer Behörde des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Gewerkschaften wie betriebliche Arbeitnehmervertretungen bleiben im Prozess der praktischen Umsetzung und Kontrolle – vom ins Betriebsverfassungsgesetz neu aufgenommenen Auskunftsrecht des Wirtschaftsausschusses abgesehen – außen vor. Damit sei absehbar, dass private Zertifizierungen und Audits eine hervorgehobene Rolle bei der Umsetzung des Lieferkettengesetzes erhielten, und zu befürchten, dass soziale Standards ohne Beteiligung kollektiver Akteure entwickelt würden. Zugleich setzen die Autor*innen darauf, dass das Lieferkettengesetz der Entwicklung von globalen Rahmenabkommen eine neue Dynamik verleihen könnte. Dazu müssten aber, dies sei hier meinerseits angemerkt, Gewerkschaften und betriebliche Arbeitnehmervertretungen in Deutschland zugleich gewillt sein, eine stärkere Rolle im Umsetzungsprozess zu beanspruchen und der Mitsprache der Beschäftigten ein stärkeres Gewicht zu geben.

Auch digitale Tools könnten dazu beitragen, soziale Mindeststandards in komplexen globalen Zulieferstrukturen zu sichern. Gesetzliche Regelungen zu Mindestarbeitsbedingungen in Lieferketten dürften die Nachfrage danach erhöhen. Christian Scheper, Carolina A. Vestena, Christoph Sorg und Sabrina Zajak beschäftigen sich in ihrem Beitrag mit Worker-Feedback-Technologien, die direkte Kommunikationskanäle mit Beschäftigten entlang der Lieferkette transnational agierender Unternehmen schaffen. Sie sehen in Workers’ Voice Apps die Chance, bessere Arbeitsbedingungen und größere Mitsprache der Beschäftigten in globalen Lieferketten zu erstreiten, in-

dem sie sie über ihre Rechte informieren und ihnen zugleich selbst die Möglichkeit geben, über ihre Arbeitssituation Auskunft zu geben. Digitales Worker-Feedback könne und dürfe aber herkömmliche Formen gewerkschaftlicher Organisation und Konfliktaustragung nicht ersetzen. Sie sollte vielmehr ein Instrument in den Händen der Gewerkschaften sein und nicht zu einer „Partizipation light“ in den Unternehmen führen.

Aus Gewerkschafts- und Beschäftigtensicht eher kritisch zu beurteilen sind KI-gestützte Programme zur Vorhersage von Unzufriedenheiten und Protesten in Zulieferfirmen transnationaler Unternehmen. Derartige Programme, die in dem Beitrag von Lukas Daniel Klausner, Maximilian Heimstädt und Leonhard Dobusch diskutiert werden, greifen auf öffentlich und digital zugängliche Daten, z. B. aus sozialen Medien, zurück, um Unzufriedenheiten und kritikwürdige oder gar skandalträchtige Arbeitsbedingungen frühzeitig zu entdecken und dadurch die Risiken für transnational tätige Unternehmen zu minimieren, öffentlich oder rechtlich dafür haftbar gemacht zu werden. Im Zweifel geschieht dies den Autoren zufolge dadurch, dass Unruheherde frühzeitig erkannt und im Sinne einer vorausschauenden Repression ausgeschaltet werden, ohne eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Lage der Beschäftigten in Betracht zu ziehen.

Die Frage technokratischer (bis hin zu repressiver) versus beteiligungsorientierter Lösungen der Sicherung

sozialer Mindeststandards in globalen Lieferketten steht im Zentrum des Bandes. Alle darin versammelten Beiträge sind klar und verständlich geschrieben, ebenso informativ wie gesellschafts- und gewerkschaftspolitisch engagiert. Sie geben einen guten Einblick in den aktuellen Entwicklungsstand der politischen und praktischen Schritte zur Sicherung sozialer Mindeststandards in globalen Lieferketten und darüber, wie dies aus einer gewerkschaftlichen und Beschäftigtenperspektive zu bewerten ist. Über alle Beiträge hinweg zeigt sich, dass die Durchsetzung sozialer Mindeststandards auf solidarisches gewerkschaftliches Engagement unter Nutzung der bestehenden gesetzlichen, vertraglichen und technischen Möglichkeiten angewiesen ist.

Das Buchcover lässt Kinderarbeit in einem erträglichen Licht erscheinen: ein etwa zwölfjähriger Junge, ordentlich gekleidet, saubere Arbeitsumgebung, konzentriert am Arbeiten. Der Hochglanzbroschüren-Blick auf Kinderarbeit lässt die Sicherung sozialer Mindeststandards in den Lieferketten global tätiger Unternehmen weniger dringlich erscheinen, als dies tatsächlich der Fall ist. Allen, die das Buch zurate ziehen, dürfte aber die Problematik hinlänglich bekannt sein. Über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten, dem gewerkschaftlich, politisch und praktisch zu begegnen, erfährt man in dem Band eine ganze Menge. ■